

25 Jahre SPD-SED-Dialogpapier – ein Rück- und Ausblick

(Beitrag für die Tagung des WBK am 02.11.2012 in Griebnitzsee)

Das Interesse an diesem Dialogprojekt war von Anbeginn beachtlich und ist es bis heute geblieben. Die entsprechenden Diskussionen waren und sind noch immer heftig, die Deutungen kontrovers. Gerade Mitglieder des Willy-Brandt-Kreises hatten und haben sich daran aktiv beteiligt, als Mitwirkende in West und Ost; als Organisatoren von Fernseh-Gesprächsrunden sowie von größeren und kleineren Veranstaltungen; als Publizisten.

Will man nicht – wie es oft geschieht – ideologisch geprägten Deutungsmustern folgen, wäre zunächst zu fragen und zu erklären:

Was geschah, warum, wie, mit welchen Folgen – und was bleibt nach 25 Jahren?

Dazu in der vorgegebenen Kürze einige Anmerkungen: ¹

1. Was vor 25 Jahren in Bonn und Berlin-Ost präsentiert wurde, kam überraschend, aber nicht voraussetzungslos.

Nach Jahrzehnten erbitterter Auseinandersetzung und Feindschaft zwischen SPD und SED präsentierten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED (nicht beide Parteien) erstmals ein gemeinsames Grundsatzpapier mit dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Diese Erklärung sorgte in Ost und West für lebhafte und kontroverse Diskussionen und Deutungen. Nicht alle wussten sie produktiv zu nutzen. Statt die politischen Karten neu zu mischen wurde das Dialog-Projekt nicht selten in die alten Schubladen einsortiert. Die Kritiker in der Bundesrepublik sahen darin einen „Verrat der Sozialdemokratie an der westlichen Wertegemeinschaft“ und eine „Vermengung der ideologisch-politischen Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus“; die in der SED eine beginnende „Sozialdemokratisierung“ der Staatspartei und eine „Aufweichung der DDR“. Verwundern konnte das kaum, denn mit diesem Unterfangen wurde Neuland beschritten, was für beide Seiten – wenngleich unterschiedlich gewichtet – Chancen und Risiken barg.

Das scheinbar Unmögliche war möglich geworden: Zum einen, weil es sich orientierte an der schon vordem vor allem von Egon Bahr entwickelten Leitidee „Wandel durch Annäherung“ und „Gemeinsame Sicherheit“ und an den mit Willy Brandts Politik geschaffenen Tatsachen und gewonnenen praktisch-politischen Erfahrungen im Ringen um eine Zivilisierung des epochalen Ost-West-Konflikts durch Dialog, Vertrauensbildung und Kooperation (u. a. Neue Ostpolitik; Verträge mit Moskau, Warschau; Deutsch-Deutscher Grundlagenvertrag; Politik der kleinen Schritte im deutsch-deutschen Verhältnis).² Zum anderen, weil die Zuspitzung der menschengefährdenden Konflikte in den 1970er/1980er Jahren – das atomare Wettrüsten zwischen Ost und West, der Nord-Süd-Konflikt und der globale Umweltkonflikt – auf beiden Seiten und auch innerhalb beider Parteien neues Denken und die Bereitschaft zu wechselseitigen Gesprächen beförderte. Gerade die SPD nahm in diesem Suchprozess nach gemeinsamen und unterschiedlichen Interessen zwischen Ost und West zur kooperativen Bearbeitung dieser globalen Konflikte damals eine Vorreiterrolle ein.

2. Willy Brandt – Initiator der Gesprächsaufnahme

Die erste Initiative zu solchen Gesprächen Anfang der 1980er Jahre ging – entgegen den allgemeinen Annahmen in Ost und West – nicht von der SED, nicht von Erich Honecker, sondern von Willy Brandt aus. Dieser schlug nach dem Regierungsverlust der SPD im Oktober 1982 in einem persönlich gehaltenen Brief an Erich Honecker vor, zusätzlich zu den offiziellen Regierungskontakten zwischen Bonn und Berlin (Ost) flankierende Parteiengespräche aufzunehmen. Damit wollte er – wie Günter Gaus, der den Entwurf des Briefes auf Bitten Willy Brandts verfasste, mir erklärte³ - keine „Nebenaußenpolitik“ installieren. Er wollte vielmehr verhindern, dass die von ihm und Egon Bahr eingeleitete Ost- und Entspannungspolitik nach der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl blockiert würde. Im Auftrag von Willy Brandt traf sich Günter Gaus am 12. November 1982 zu einem Vier-Augengespräch mit SED-Generalsekretär Honecker in dessen Büro im ZK-Gebäude. Er erläuterte dabei noch einmal das Anliegen des Brandt-Briefes, dem Honecker zustimmte. Im Beschlussprotokoll des Politbüros vom November 1982 heißt es dann in der Version der SED-Führung:

„Parteibeziehungen zur SPD

1. Dem Ersuchen des Vorsitzenden des Parteivorstandes der SPD, Willy Brandt, Parteibeziehungen zwischen der SPD und der SED herzustellen, wird entsprochen.
2. Für die Verbindungsaufnahme zum Parteivorstand der SPD wird das Mitglied des ZK der SED, der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Genosse Reinhold bestätigt.“⁴

Beide Seiten haben aus unterschiedlichen Gründen diesen Brief Willy Brandts nie öffentlich publik gemacht, so dass selbst Insider der SPD und der SED davon keine Kenntnis hatten. Am 20. Dezember 1982 trafen sich dann Günter Gaus und Otto Reinhold zum ersten Mal im „Palasthotel“ in Ostberlin. Am 27. Januar 1983 fand bereits das nächste Treffen statt. Dieses Mal in Hamburg und unter Beteiligung von Egon Bahr. Von einem Brief Willy Brandts war jedoch nie die Rede. Natürlich gab es schon in den 1960er und 1970er Jahren Kontakte und Gespräche zwischen Vertretern der SED und einzelnen Vertretern der SPD. Aber erst jetzt war der Anfang einer auf Kontinuität setzenden Serie von Kontakten, Gesprächen und sich anbahnenden Parteibeziehungen gemacht.⁵

Von Ideologiegesprächen war weder im Brief von Brandt an Honecker noch in den Gesprächen zwischen Gaus und Reinhold die Rede. Immer ging es um Fragen von Sicherheit, Entspannung, Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen.

Der Anstoß für diese Art neuer Gespräche kam von Helmut Seidel, Professor für Philosophiegeschichte an der Universität Leipzig, der Erhard Eppler schon seit den 1970er Jahren kannte. Im Frühjahr 1983 regte er in einer Unterhaltung mit Erhard Eppler Gespräche zwischen Geistes- und Sozialwissenschaftlern der DDR und der Bundesrepublik an. Erhard Eppler konnte sich mit diesem Vorschlag schnell anfreunden, musste und wollte dies natürlich mit der Grundwertekommission, dessen Vorsitz er inne hatte, abstimmen und auch Willy Brandt davon informieren. „Die Grundwertekommission willigte nach gründlicher Diskussion ein, schließlich auch Richard Löwenthal“, schreibt Eppler später. Willy Brandt habe gefunden, „Dies sei kein unproblematischer, aber doch ein interessanter Versuch“.⁶ Natürlich musste Erhard Eppler davon ausgehen, dass der Vorschlag von Helmut Seidel nicht privater

Natur, sondern höchstwahrscheinlich mit Kurt Hager oder Erich Honecker abgestimmt sei, was aber nicht geschehen war.

Als dann Herbert Häber (Leiter der Westabteilung im ZK der SED) im Oktober 1983 den damaligen CDU-Ministerpräsidenten Baden-Württembergs Lothar Späth besuchte, traf er sich in jenen Tagen erstmals auch mit Erhard Eppler, dem Vorsitzenden der SPD-Grundwertekommission. Beim gemeinsamen Mittagessen sagte Eppler zu Häber, dass er froh sei, dass es in Übereinstimmung mit Willy Brandt nunmehr möglich werde, zwischen der Grundwertekommission der SPD und Gesellschaftswissenschaftlern der DDR zu gemeinsamen Treffen zu gelangen. Sowohl Honecker als auch Häber hatten jedoch bislang solche speziellen „Ideologiegespräche“ nicht im Blick. Als Häber von seiner Reise zurück kam, berichtete er Hocker, der dem Vorhaben Epplers wohlwollend zustimmte.⁷ Einen förmlichen Beschluss oder eine Diskussion über die Gesprächsrunden zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED (AfG) gab es im Unterschied zur SPD im SED-Führungsgremium nicht. Honeckers O. K. reichte aus. Das musste überraschen, denn ideologische Grundsatzgespräche zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten hatte es seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht mehr gegeben und sie berührten den Lebensnerv des staatssozialistischen Systems, denn dieses basierte ganz wesentlich auf ideologische Legitimation. Natürlich berührte es auch die Identität der Sozialdemokratie.

3. Ideologiegespräche – vom Nebenprodukt zu einem Eckpfeiler des SPD-SED-/West-Ost-Dialogs

Die Gespräche und Dialogrunden zwischen der Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften vom Februar 1984 bis April 1989 waren im Vergleich zu anderen deutsch-deutschen und auch SPD-SED-Kontakten durch einige Besonderheiten gekennzeichnet. Und dies in dreifacher Hinsicht:

Zum einen betraf es den *Gegenstand und den Inhalt* der Gespräche. Gegenstand dieses Grundsatzdialogs waren nicht die „kleinen“ (sehr notwendigen) Schritte der Deutschlandpolitik, sondern die „großen“ ideologischen Streitfragen des Ost-West-Konflikts. Damit wurde über das geredet und gestritten, was ansonsten meist ausgeklammert blieb, weil es beide Seiten seit jeher voneinander trennte, Kompromisse in den anstehenden Sachfragen verhinderte und deshalb eher als störend empfunden wurde: die entgegengesetzten Gesellschaftspolitischen- und Werteorientierungen sowie Ideologien der Systeme in Ost und West.

Zum anderen betraf es die *Akteure*. Es war offensichtlich, dass Gespräche solchen Inhalts nicht in die Kompetenz der Regierungen gehörten und auch Parteiführungen dafür nicht geeignet waren, eher schon wissenschaftliche (Partei)Institute und Intellektuelle aus Ost und West. Kein Wunder, dass die Idee für solche Gespräche nicht aus dem Parteiapparat, sondern aus dem intellektuellen Bereich kam, ein Wunder eher, dass der Vorschlag aus der DDR kam.

Schließlich betraf es die *Formen und Ergebnisse*.

- Die Gespräche erstreckten sich jeweils über mehrere Tage und über einen Zeitraum von fünf Jahren, und dies ohne Anweisungen von den Parteioberen.
- Die Themen wurden von Mal zu Mal gemeinsam festgelegt und waren breit gefasst: Frieden, Fortschritt, Arbeit, Demokratie, Menschenrechte und gesellschaftlicher Wandel.

- Die Diskussionen waren oft heftig, aber fair und durch Vernunft geprägt; und seit dem 4. Treffen im Februar 1986 mit der Teilnahme von Medienvertretern (u. a. Die Zeit, Der Spiegel, Der Stern, die Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Rundschau und der Westdeutsche Rundfunk aus der Bundesrepublik sowie das Neue Deutschland, die Einheit, die Berliner Zeitung, der Horizont, der Berliner Rundfunk aus der DDR) auch öffentlich.

- Lerneffekte vollzogen sich dabei auf beiden Seiten und wurden damals so auch beiderseits wahrgenommen und bekundet.⁸

Diese Gespräche leiteten das ein, was man einen *systemübergreifenden Dialog* nennen kann (deutsch-deutsch war der Ort, nicht so sehr der Inhalt).

Das wichtigste Ergebnis dieses Dialogs war das gemeinsame Grundsatzpapier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vom August 1987. Es war dies vor allem ein *gemeinsamer Appell an die Öffentlichkeit*. Adressaten waren zuerst die Gesellschaften in Ost und West.

4. Das gemeinsame Papier – eine verkürzte Entstehungsgeschichte

An ein gemeinsames Papier hatte zunächst niemand gedacht. Erst während des vierten Treffens im Februar 1986, das sich mit friedlichem Systemwettbewerb und ideologischer Streitkultur beschäftigte, war es Erhard Eppler, der den Vorschlag eines gemeinsamen „Protokolls“ unterbreitete. Daraus wurde dann das gemeinsame Papier, erarbeitet (im Zeitraum vom April 1986 bis Mai 1987) von Thomas Meyer, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, und mir, der als Quereinsteiger der AfG erstmals bei diesen Treffen dabei war und dort das Einführungsreferat hielt. Die abschließende Redaktion lag in den Händen von Erhard Eppler, der sie mit Otto Reinhold abstimme. Während die Entwürfe regelmäßig in der Grundwertekommission der SPD besprochen und abgestimmt wurden, geschah dies auf DDR-Seite weder im Kreis der AfG-Dialogteilnehmer noch mit den SED-Gremien. Letzteres aus guten Gründen, denn eine Zustimmung zu diesem Papier schien eher unwahrscheinlich. Das gemeinsame Papier war mithin kein „Auftragswerk“ der SED-Führung und es gab diesbezüglich auch keine „Anleitung“ und keine direkte Kontrolle. Ein für die SED, für die DDR ungewöhnlicher, vielleicht einmaliger Vorgang.

Am 22. Juni 1987 lag der Text dem Präsidium der SPD vor. Man entschied sich dafür, das Papier nicht als „offizielles Parteidokument“ zu verabschieden, sondern lediglich als Text der beiden Institutionen, was aber auch von diesen nie anders vorgesehen war. Anstoß nahmen einige Präsidiumsmitglieder an der im Papier vertretenen Auffassung, dass Sozialdemokraten und Kommunisten aus der gleichen historischen Wurzel hervorgegangen seien. Diese Passage wurde später, im Einvernehmen mit der SED-Seite, gestrichen. Dafür hieß es dann, dass beide sich auf ein gemeinsames historisches Erbe berufen würden.

Erst am 16. Juli 1987, also knapp vier Wochen später, schickte Reinhold dem im Urlaub weilenden Honecker das Papier. Schon einen Tag später bekam er es mit der Randbemerkung zurück: „Einverstanden. E. H. PB (Politbüro) zur Entscheidung vorlegen. Dokument wäre von großer historischer Bedeutung - für Diskussion und Aktion der Arbeiterbewegung“.⁹

5. Das gemeinsame Papier – die neuen Botschaften

Die drei Schlüsselbegriffe lauteten: Gemeinsame Sicherheit – Friedlicher Wettstreit der Gesellschaftssysteme – Neue politische Kultur des Streits und Dialogs.

Zwischen diesen Schlüsselbegriffen wurde ein enger, innerer Zusammenhang hergestellt und ein tragfähiges Konzept entwickelt:

Gemeinsame Sicherheit: Frieden, so die erste Botschaft, ist nicht mehr gegeneinander zu errüsten, sondern nur noch miteinander zu vereinbaren. Ein Konzept, wie es bereits die Palme-Kommission und namentlich Egon Bahr erarbeitet hatten. Der potenzielle Gegner wird zum unentbehrlichen Partner der Friedenssicherung und bei der Bewältigung der globalen Konflikte. Darauf aufbauend lautete das Spezifische im Papier: Rüstungskontrolle und Abrüstung sind für Friedenssicherung und Entspannung entscheidend, aber nicht ausreichend. Notwendig sind dafür zugleich die schrittweise Überwindung der Feindbildpropaganda, die Entmilitarisierung des Denkens und die Schaffung friedensfähiger Ideologien in Ost und West.

Friedlicher Systemwettstreit: Auch bei Realisierung gemeinsamer Sicherheit blieben aber grundlegende Gegensätze der Systeme zwischen Ost und West bestehen und ihre Austragung unvermeidbar. Doch dafür sollten nun ein neuer Rahmen geschaffen und neue Spielregeln vereinbart werden. Grundvoraussetzung dafür war – so das Papier – die wechselseitige Akzeptanz der Existenzberechtigung der anderen Seite, ihrer Friedens- und Reformfähigkeit. Und der Wettstreit sollte nicht länger unter dem Verdikt „Gut-Böse“, „Sieger-Verlierer“, auch nicht mit dem Ziel globaler Hegemonie und Machtausdehnung, sondern um die Lösung der die Menschen weltweit bedrängenden Probleme geführt werden – Sicherheit, Entwicklung, Umweltschutz, Freiheit und Gleichheit. Deshalb sollten auch die Menschen anhand des praktischen Beispiels und Vergleichs selbst die Schiedsrichter in diesem Wettstreit sein. Dies alles erfordere zugleich Kooperation und eine

Neue Kultur des Streits und Dialogs: Dialog und Öffnung nach außen verlangen Dialog und Öffnung nach innen; Abbau der Feindbilder, Akzeptanz der Andersdenkenden, offene Diskussionen über die Ergebnisse des Gesellschaftswettstreits, umfassende Informiertheit der Bürger, wissenschaftlichen und kulturellen Austausch sowie Besuch und Gegenbesuch über Systemgrenzen hinweg – alles direkte Forderungen in der gemeinsamen Erklärung.

Was mit dem Papier als Ganzem formuliert wurde, waren zuerst einmal Absichten, nicht eine gegebene Realität. Das Papier war insofern gedacht als Impulsgeber für einen systemübergreifenden und innergesellschaftlichen Dialog sowie für soziale, ökologische und demokratische Veränderungen in Ost, aber auch in West. Wandel durch Annäherung (Egon Bahr) und Wandel durch Dialog und Wettstreit verschiedener Entwicklungs- und Gesellschaftsmodelle.

Der bekannte, aus dem DDR-Verband ausgeschlossene Schriftsteller Rolf Schneider schrieb kurz nach Veröffentlichung des Papiers in einem Spiegel-Essay vom SPD-SED-Papier als „Magna Charta einer möglichen Perestroika in der DDR“.¹⁰ Noch schien ein Wandel in der DDR nicht völlig ausgeschlossen, zumindest sollte die Chance dafür genutzt werden.

6. Das Dialog-Papier – Resonanz, Diskussion, Widerstreit

Ich beziehe mich hier nur auf die DDR, obgleich gerade auch in der Bundesrepublik das Papier sehr unterschiedliche Reaktionen hervorrief und neben beachtlicher Zustimmung sich

auch eine konservative Ablehnungsfront – übrigens bis heute – formierte („Schmachvolles Papier“/Kohl, „Machwerk“...).¹¹

Es kam für viele überraschend, dass Honecker diesem ungewöhnlichen Ideologiepapier ohne Einwände und praktisch über Nacht zustimmte. Zumal es, wie gesagt, kein Auftragswerk war und der Inhalt nicht mit der SED-Führung abgestimmt worden war. Honeckers O. K. wurde auch im Politbüro durchgestellt, das es nach Erörterung des Standes der Getreideernte und der Plandiskussion als vierten Tagesordnungspunkt diskutierte und billigte.¹² Es fehlten jedoch wegen der Urlaubszeit 14 Mitglieder, darunter SED-Chef Honecker, Ideologiesekretär Hager, Agitationssekretär Herrmann, Wirtschaftssekretär Mittag, MfS-Chef Mielke, Verteidigungsminister Kessler. Die Vorschläge der AfG – Pressekonferenzen zur Präsentation des Papiers in Berlin (Ost) und Bonn (27.08.1987), Veröffentlichung des gesamten Wortlautes des Papiers im „Neuen Deutschland“ (28.08.1987), Live-Diskussion im DDR-Fernsehen mit Erhard Epple, Thomas Meyer und den DDR-Autoren (01.09.1987), Teilnahme am Spiegel-Gespräch zum SPD-SED-Papier – wurden gebilligt. Zusätzlich beschlossen wurde die umgehende Ausarbeitung einer Parteiinformation, um allen SED-Mitgliedern zu erklären, wie sie dieses gemeinsame SPD-SED-Papier „richtig“ zu verstehen und zu erklären hätten.

Honecker sah im gemeinsamen Papier mit der SPD offensichtlich einen wichtigen Akt der DDR-Friedenspolitik und Schritt zur Gewinnung der SPD für die angestrebte „Ost-West-Koalition der Vernunft“. Auch führte er selbst ja seit längerem regelmäßige Gespräche mit SPD-Spitzenpolitikern wie Hans-Jochen Vogel¹³, Egon Bahr, Karsten Voigt, Johannes Rau, Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder, Björn Engholm. Der Begleitbrief Otto Reinholds, in dem er diese Grundsatzerklärung vor allem als Erfolg der DDR-Seite bezeichnete, und der bevorstehende Besuch Honeckers bei Kohl in Bonn taten sicher ein Übriges für diese Zustimmung.

Der tiefere Sinn und das Anliegen des Dialogpapiers wurden jedoch weder von Honecker und der SED-Führungsspitze noch von den Apparaten der SED erfasst, wie sich bald zeigen sollte. Man glaubte, die bislang praktizierte Doppelstrategie – Dialog und gewisse Flexibilität nach außen, Dialog- und Reformverweigerung nach innen – unbeschadet fortsetzen zu können. Doch genau das war mit dem Dialog-Papier infrage gestellt und durchbrochen worden.

In der *DDR* entwickelte sich eine erstaunlich breite und zunächst auch öffentliche Diskussion. Kein anderes Dokument der Deutschlandpolitik erzeugte solche gesellschaftlichen Turbulenzen. Gesellschaftlicher Dialog – von der SED aus ihrem Wortschatz und vor allem aus ihrer Öffentlichkeitspolitik getilgt – wurde zum Kristallisationspunkt dieser Debatte.

In der *SED* selbst kam es zu den lebhaftesten, interessantesten und kontroversesten Diskussionen seit den 1960er Jahren. Zusammen mit den neuen Perestroika-Signalen aus Moskau bewirkte es in ihren Reihen ein Gefühl der Erleichterung und der Hoffnung auf Veränderungen. Zuerst stand der ideologische Streit zwischen alten Glaubenssätzen und den neuen Begriffen im Mittelpunkt: Friedensfähigkeit statt Aggressivität des Imperialismus?, Reformfähigkeit statt bevorstehender Niedergang des Kapitalismus?, Systemwettstreit mit offenem Ausgang statt gesetzmäßiger welthistorischer Sieg des Realsozialismus?, Sozialdemokratie als Partner statt Stütze des Kapitals und gefährliche ideologische Abweichung? Angemerkt sei, dass DDR-Wissenschaftler hier schon längst Revisionen und Neudefinitionen vorgenommen hatten und zu neuen Ufern aufgebrochen waren. Dies wurde auch im Westen aufmerksam registriert.¹⁴

Ab Frühjahr 1988 folgten dann auch innerhalb der SED gesellschaftspolitische Debatten – um Dialog, Offenheit, Demokratie und Reform in der DDR, wobei die Entwicklung in Moskau hierbei eine zunehmende Bedeutung erlangte.

Breites Echo und fast ungeteilte Zustimmung fand das Papier in den *Evangelischen Kirchen*. Stimmten doch viele Forderungen des Papiers mit den seit langem erhobenen Forderungen der Evangelischen Kirchen der DDR überein (Abbau von Feindbildern, gesellschaftlicher Dialog, Akzeptanz von Andersdenkenden, demokratischer Wandel).

Und entgegen heutigen Deutungen fand das gemeinsame SPD-SED-Papier auch in den *Bürgerrechtsgruppen* zunächst größere Aufmerksamkeit und alles in allem einen positiven Widerhall. Das Papier diente ihnen zugleich als Berufungsinstanz für ihre kritischen Forderungen an die DDR-Machthaber. Skepsis jedoch blieb – bezogen auf die SED, auf einen Dialog von Oben, bei manchen auch hinsichtlich der Rolle der SPD. Und sie wurde bald durch die Ereignisse um die Umweltbibliothek und die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration bestätigt und verstärkt. Doch bis Ende 1989 berief sich eine Mehrheit immer wieder auch auf dieses Dialogpapier.¹⁵ Noch im Nachhinein bekundeten bekannte Bürgerrechtler in Briefen 1990/91 an den damaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel die Wirkungen des SPD-SED-Dialogpapiers hinsichtlich Veränderungen in der SED und für den friedlichen Wandel in der DDR.¹⁶

Auch *international* erzielte das Papier bemerkenswerte Resonanz sowohl in der Sozialistischen Internationale als auch in verschiedenen Kommunistischen Parteien Ost- und Westeuropas. Auf einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Tagung diskutierten 1988 z. B. 11 sozialdemokratische/sozialistische und sechs kommunistische Parteien in Freudenberg (NRW) den Gehalt des gemeinsamen Papiers und seine Aktualität für den Wandel im Osten und Westen Europas. Dabei wurden ganz neue Differenzierungen sichtbar, die nicht mehr entlang der Ost-West-Schiene verliefen. Nicht zuletzt gab es Angebote mehrerer sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien des Westens an die DDR-Autoren, ähnliche gemeinsame Erklärungen zu erarbeiten. Aufmerksam registriert wurden die Diskussionen um das SPD-SED-Papier in Moskau und Washington.¹⁷

Trotz unterschiedlicher Reaktionen und Positionen war das SPD-SED-Dialogpapier in der *DDR-Gesellschaft* alles in allem mehrheitsfähig geworden, doch anders, als es sich die SED-Führung vorstellte. Kaum jemand bestritt seinen Wert als Ausdruck neuen Denkens in Ost-West-Sicherheitsfragen und den Anteil der SED, der DDR daran. Aber das eigentlich Interessante am Papier waren für diese Mehrheit in der DDR die Forderungen nach Dialog und offener Diskussion innerhalb eines jeden Systems, nach Einbeziehung aller Personen und Gruppen in den gesellschaftlichen Dialog, nach Informiertheit der Bürger und Besuch und Gegenbesuch, nach Wettstreit der verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungsmodelle und Übernahme der besseren Lösungen sowie nach demokratischen Reformen. Dabei ging es dieser in sich heterogenen Mehrheit damals (noch) nicht um die Abschaffung der DDR, sondern um deren Demokratisierung. In Ansätzen schien damals eine gesellschaftliche Reformkoalition möglich.

Die Gegner des Papiers in der DDR waren vorübergehend in die Defensive geraten und sahen ihr Wahrheits- und damit Machtmonopol gefährdet und bliesen nun zur Gegenoffensive. Diese begann nicht zufällig mit Kurt Hagers ersten Versuchen zur Uminterpretation von Grundideen des Papiers (u. a. zur Frage der Feindbilder sowie der Friedens- und Reformfähigkeit der beiden Systeme) bereits im Oktober 1987; über die Anweisung des

Propagandachefs Joachim Herrmann an die Medien, die Berichterstattung über die Diskussion des Papiers einzustellen, da sie nur „zu Konfusionen und Illusionen in der SED geführt“ habe; Margot Honeckers brüske Zurückweisung des Vorschlags einer deutsch-deutschen Schulbuchkommission; dem Verbot, das Papier als Broschüre mit Kommentaren zu drucken und öffentlich zu debattieren; zu Mielkes immer heftiger werdenden Warnungen vor „gefährlichen Diskussionen“, die das Papier ausgelöst habe und die durch das Wirken „negativ-feindlicher Kräfte des Untergrunds“ – unterstützt von Kräften der Evangelischen Kirche, „SPD-Kreisen“ und „unzuverlässigen SED-Genossen“ – zu ernsthaften Gefährdungen der DDR führen könnten. Das außenpolitische Dokument werde von verschiedenen Kräften zur innenpolitischen Destabilisierung und Unterwanderung der DDR „missbraucht“.¹⁸

Initiiert wurde von der SED-Führung ab Mitte/Ende 1988 eine Missbrauchskampagne. Es folgten zugleich zunehmende Repressionen, auch innerhalb der SED (auch gegenüber einem Autor des Dialog-Papiers). Allein 1988 gab es 23.000 Parteiverfahren gegen „Abweichler“ und „Nörgler“. Die restaurativen Kreise und Apparate in der SED konnten in dieser Auseinandersetzung, in der es keinesfalls nur um das Dialogpapier ging (u. a. Proteste gegen „Sputnik“-Verbot, Eintreten für Moskaus Perestroika- und Glasnostkurs, Kritik der doktrinären und autoritären Informations-, Wirtschafts- und Demokratiepolicies der SED) noch einmal ihre Vormachtstellung behaupten. Auch wegen der strukturellen und konzeptionellen Schwäche des kritischen Potenzials in der SED. Es wurde jedoch ein Pyrrhussieg, denn die Glaubwürdigkeitskrise der SED-Führung vertiefte sich zusehends. Die beginnende Erosion in der SED, vor allem der zunehmende Druck der Bürgerrechtsgruppen und der demokratische Aufbruch in der Bevölkerung führten dann 1989 zur schnellen Implosion der SED und der DDR. Statt Wandel *mit* der SED und Wandel *der* DDR, Sturz der Staatspartei und Ende der DDR. Das aber zwingt zur Frage

7. Was bewirkte dann das Dialogpapier, das Dialogprojekt?

Denn das gemeinsame Papier ging – wie auch die meisten relevanten Akteure jener Zeit – nicht von der Annahme des Sturzes der SED und des Zusammenbruchs der DDR aus; aber auch nicht vom Erhalt oder gar der Festigung des Status quo. Vielmehr ging es von einem längeren Reform- und Wandlungsprozesses in Ost, aber auch in West aus. Dieses mit dem Dialogpapier eingeleitete Experiment ging so also nicht wie gedacht auf. Wir haben zu lange die Reformfähigkeit des Sozialismus über- und die Abwendung der Menschen von der DDR unterschätzt.

Sind damit Sinn und Anliegen des Dialogpapiers infrage gestellt? Sind wir am Ende gar einer Illusion aufgesessen? Und - ist die SPD der SED „auf den Leim gegangen“, hat sie die „SED-Herrschaft gestärkt“ und die „eigenen Werte preisgegeben“, wie es unlängst wieder auf einem Podium zur Diskussion des SPD-SED-Papiers selbst aus Kreisen der SPD verlautete?

Vergleiche zwischen den *Absichten* der gemeinsamen Erklärung – Dialog und Wandel – sowie ihren tatsächlichen *Wirkungen* können bei der weiteren Diskussion hilfreich sein.

So hat *zum einen* die Politik der Entspannung, der Kooperation und des Ost-West-Dialogs – anders als die Politik der Abstandsnahme und der Konfrontation – wesentlich zur Zivilisierung des epochalen Ost-West-Konflikts und zur friedlichen Öffnung der geschlossenen Ost-West-Strukturen beigetragen. Der damals durchaus mögliche Umschlag dieses Konflikts in eine militärische Auseinandersetzung wurde damit verhindert und die

Grundlage für den friedlichen Wandel in Europa und schließlich auch in Deutschland geschaffen. Dies gilt bis heute als bedeutsamer historischer Erfolg der Ost-West-Entspannungs- und Dialogpolitik, die gerade von der SPD (Brandt, Bahr) initiiert und in dieser oder jener Form von Akteuren beider Seiten getragen wurde.

Für die DDR wurde diese Entwicklung jedoch zu einer Überforderung. Sie war den neuen Herausforderungen von Dialog, Wettstreit, Öffnung und Wandel nicht mehr gewachsen und die SED fand keine adäquaten gesellschaftlichen Strategien mehr. Honeckers Westpolitik (zur Bundesregierung, zur westdeutschen Wirtschaft, zur SPD) als Öffnungsexperiment nach außen blieb ohne die erforderlichen innenpolitischen Folgerungen. Im Nachhinein wird deutlich: 1987 ist das Jahr des „Höhepunkts“ der Deutschlandpolitik der DDR und zugleich das Jahr ihres beginnenden, endgültigen Falls. „Schuld“ am Zusammenbruch der DDR war jedoch nicht, wie es links-dogmatische Kritiker bis heute behaupten, die Politik der Entspannung und des Dialogs, sondern die inneren Blockadestrukturen des Sozialismus sowjetischen Typs und die Reformunfähigkeit der SED-Führung. Letzteres festzustellen, galt für Honecker bis zuletzt als „Verrat“.¹⁹

Zum anderen haben die mit dem West-Ost-, SPD-SED-Dialog eingeleiteten Diskussionen (Gewaltverzicht, Vertrauensbildung, Abbau Feindbilder, Dialog, Kooperation Ost-West, gesellschaftlicher Wandel) und ihre Wirkungen die politische Kultur in der DDR (anders als in der Bundesrepublik) und gerade auch in der SED verändert, und dort auch das gesellschaftskritische und demokratisch-sozialistische Potenzial gestärkt.²⁰ Die Hegemonie in der SED konnten die reform-sozialistischen Kräfte jedoch nie erlangen. 1989 gab es dann aber nicht nur eine Bewegung gegen die Staatspartei, sondern auch eine Reformbewegung in ihr, die zwar der Bürgerrechts- und Volksbewegung hinterher hinkte, aber doch zum friedlichen Verlauf des zunächst nichtintendierten Umbruchs beitrug. Im Herbst 1989 stand anders als 1953, 1956, 1961, 1968 erstmals die Mehrheit der SED-Mitglieder nicht mehr hinter „ihrer“ Führung, was mehr als eine lähmende Wirkung auf diese ausübte. D. h., es gab nicht nur in der Gesellschaft (entscheidend für die DDR-Transformation), sondern auch in den systemischen Strukturen und Organisationen selbst Differenzierungen, verschiedene Strömungen und Gegenstrukturen. Ein Umstand, der heute, ideologisch motiviert, fast völlig negiert wird. Natürlich auch, weil deren Beitrag zur Systemtransformation in der DDR geringer war als der in einigen anderen osteuropäischen Ländern (z. B. Ungarn, Polen).

Auch ein kritischer Rückblick stellt Sinn und Anliegen der gemeinsamen SPD-SED-Erklärung – Dialog und Wandel – mithin nicht wirklich infrage. Im Gegenteil.

8. Was bleibt, 25 Jahre danach?

Die politische Situation hat sich nach 1989/90 grundlegend verändert. Das Dialogpapier war ein Produkt des Systemkonflikts der 1980er Jahre und ist insofern Geschichte geworden. Aber der Abstand zum Geschehen hat einen erstaunlichen Effekt. Er macht deutlich, wie aktuell dieses Anliegen noch heute ist.

Das betrifft *zum einen* den Dialog als Modell, als Konzept und Stil konfliktbearbeitender Politik. Dialog ist dort am nötigsten, wo er unmöglich scheint. Dieser Grundsatz von damals gilt auch und gerade heute, wo neue globale politische Gegensätze und Feindbilder, herkömmliche und sogenannte „neue“ Kriege das Bild unserer Zeit prägen. Der Ausweg ist nicht, wie wir immer wieder erleben, die Militarisierung des Politischen, sondern die Suche

nach Dialog, nach globaler Kooperation, nach Verständigungsprozessen, in denen trotz konträrer Ausgangslagen, so wie damals, gemeinsam nach Lösungen gesucht werden muss.

Zum anderen betrifft es auch die zweite Grundidee des Papiers, die des Gesellschaftlichen Wandels. Dieser soziale, ökologische, demokratische Wandel wurde damals natürlich besonders für den Osten eingefordert, aber – in spezifischer Form – auch für den Westen angemahnt. Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischen Typs schien das Thema für viele erledigt... oder nur noch von peripherer Relevanz. Nun sehen wir aber deutlicher: die postsozialistische Transformation war nicht das Ende, sondern eher der Anfang einer neuen, globalen Transformation. Auf der historischen Agenda steht die Suche nach einem sozial-ökologischen und demokratisch-partizipativen Entwicklungspfad; über dessen Schicksal nicht erst in Zukunft, sondern schon heute und morgen entschieden wird.²¹ Das erfordert mehr denn je eine neue Kultur des Dialogs, nicht zuletzt zwischen den verschiedenen, pluralen Reform- und Linkskräften. Nur in einem solchen vielfältigen Diskussions-, Such-, und Lernprozess können sie sich den neuen Herausforderungen stellen und perspektivisch auch wieder mehrheitsfähig in der Gesellschaft werden.

Der Willy-Brandt-Kreis ist geradezu ein beispielhaftes Modell für diese Kultur des Dialogs und des gemeinsamen Suchens nach neuen Antworten auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen

- ¹ Ausführlicher dazu: Rolf Reißig: Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED. Mit einem Nachwort von Erhard Eppler. Campus Verlag Frankfurt a. M./New York, 2002, 449 S. In diesen dem Buch zugrunde liegenden Recherche- und Forschungsarbeiten konnten u. a. alle zu diesem SPD-SED-Dialogprojekt vorhandenen Dokumente, Unterlagen, Quellen in den Ost-West-Archiven ausgewertet sowie 50 Interviews mit den Beteiligten und prominenten Befürwortern und Kritikern dieses Dialogs in Ost und West geführt werden.
- ² Siehe dazu auch Egon Bahr (2012): Ostwärts und nichts vergessen! Kooperation statt Konfrontation. VSA Verlag Hamburg.
- ³ Gespräch mit Günter Gaus am 22.03.2000.
- ⁴ Protokoll der Politbürositzung. SAPMO. Politbüro der SED. DY 30 I JI 2/2.A/2523.
- ⁵ Zur Entwicklung dieser Kontakte und Gespräche von 1982-1989 siehe R. Reißig, a. a. O., S. 30 ff., 318 ff.
- ⁶ Erhard Eppler (1988): Wie Feuer und Wasser. Sind Ost und West friedensfähig? Reinbeck.
- ⁷ Gespräch mit Herbert Häber am 24.02.2000.
- ⁸ Siehe dazu auch Peter Bender: Gespräche SED-SPD in Freudenstadt, WDR, 03.03.1986; ders.: Zum Dialog zwischen SPD und SED, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 4, 1986, S. 342-346.
- ⁹ SAPMO. Bestand Honecker DY 30/IV 2/2 035/80: 691.
- ¹⁰ Rolf Schneider: Perestroika in der DDR, in: Der Spiegel, Nr. 46, 1987, S. 174/175.
- ¹¹ Die Diskussion und Wirkung des SPD-SED-Papiers in der Bundesrepublik, siehe Rolf Reißig a. a. O., S. 265-306.
- ¹² SAPMO. Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 28.07.1987. DY 30/IJV 2./2 A3043.
- ¹³ Über diese Kontakte Vogel-Honecker informierte ich mich in einem längeren persönlichen Gespräch mit Hans-Jochen Vogel am 30.04.2000 in Bonn.
- ¹⁴ Vgl. dazu u. a. die Studie der FES Bonn (Hg.): DDR und Menschenrechte, Sept. 1989 und Uwe Ziegler (1989): Die neue Sicht der DDR in der Systemauseinandersetzung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage 34 zu Das Parlament, S. 28-38.
- ¹⁵ Ausführlicher zu Evangelischen Kirchen und SPD-SED-Papier und den kontroversen Diskussionen und Bewertungen des gemeinsamen Papiers in den politisch-alternativen und oppositionellen Gruppen in der DDR siehe Rolf Reißig a. a. O. S. 204-264.
- ¹⁶ Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) Bonn. Briefe von DDR-Bürgerrechtlern und Kirchenrepräsentanten aus dem Jahren 1991 und 1992 an den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel mit einer Stellungnahme zum SPD-SED-Dialog und seinen Folgen für die oppositionellen Kräfte in der DDR: Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Ullmann, Walter Romberg, Werner Krusche, Lothar Löber, Jens Reich, Richard Schröder, Werner Schulz, Karl-Heinz Ducke, Konrad Weiß.
- ¹⁷ Zur internationalen Resonanz vgl. Rolf Reißig, a. a. O. S. 307-318.
- ¹⁸ BStU. MfS. ZAIG-Information Nr. 5734, S.1-8; BStU: MfS HA XX, Nr. 3332. 10. August 1988, S. 1-13.
- ¹⁹ Nachdem Erich Honecker eine vom ORB im Oktober 1992 ausgestrahlte und von Walter Stützle und Gisela Oechelhäuser moderierte Fernsehdiskussion zum SPD-SED-Papier mit Thomas Meyer, Rolf Reißig und Wolfgang Templin während seines Moabiter Gefängnisaufenthaltes gesehen hatte, stellte er fest: „Ja, und dann zu unseren Künstlern und Wissenschaftlern. Also, was der Reißig im Fernsehen erzählt, das zeigt, dass die Akademie mit Otto Reinhold zersetzt war, das war, Sonja (Tochter von E. H., die eine Aspirantur an der AfG absolviert hatte, R. R.) soll mir nicht böse sein, ein Nest voller Feinde. Zu solchem Nachwuchs kann man ihm nachträglich nur gratulieren. Es war ein Fehler, ihn mit der Aufgabe zu betrauen, ihm alle Verantwortung für dieses Gebiet zu überlassen.“ In: Erich Honecker (1992): Letzte Aufzeichnungen. Mit einem Vorwort von Margot Honecker, Verlag edition ost 2011, S. 130.

²⁰ Vgl. dazu Hermann Weber (1991): DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1990, Hannover; sowie die Arbeiten des DDR-Oppositionellen und zeitweilig inhaftierten und heute wissenschaftlich tätigen Thomas Klein, u. a. (1997): Zu Opposition und Widerstand in der SED, in: Herbst/Stephan/Winkler (Hg.): Die SED. Ein Handbuch, Berlin, S. 197-215.

²¹ Siehe dazu Rolf Reißig (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, VS Verlag Wiesbaden.